

# Correspondent

Er scheint  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

40. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 26. April 1902.

№ 49.

## Für die Monate Mai und Juni

nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements auf den Corr. zum Preise von 44 Pf. entgegen. Unsere Leser und Freunde wollen die Nichtabonnenten auf vorstehendes aufmerksam machen.

## Der Generalstreik in Belgien.

„Generalstreik ist Generalunsinn.“  
Gnas Auer.

In der neuzeitigen Arbeitergeschichte hat wohl noch kein Vorgang eine so hervorragende, fast fieberhafte Spannung, ein so lebhaftes und ungeteiltes Interesse unter der Arbeiterschaft hervorgerufen als der zum Zwecke der Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes inszenierte Generalstreik in Belgien. Nach Blättermeldungen haben ungefähr 350 000 Arbeiter, dies sind fast 50 Prozent der gesamten in der Industrie beschäftigten Arbeiterschaft, die Arbeit niedergelegt, um durch einen ungeheuren wirtschaftlichen Druck Regierung und Kammer zu einer Verfassungsrevision im Sinne des Volkes zu zwingen. „Alle Köder stehen still, wenn dein starker Arm es will!“ schien jetzt zur Tatsache geworden. Wiederum Blättermeldungen zufolge sympathisierte mit der Arbeiterschaft die liberale Bourgeoisie, die Bürgerwehr, ein großer Teil des Militärs, wie überhaupt die gesamte gebildete Bevölkerung Belgiens. Man kann deshalb die kühnen Hoffnungen verstehen, die nicht nur die Führer der belgischen Arbeiter, sondern auch die europäische Gesamtarbeiterschaft an den Generalstreik knüpfte. Die romantischen Traditionen der Barrikadenkämpfe von 1830 und 1848 schienen trotz des Kleinfallstrigen nicht erstorben, sondern in Belgien wieder lebendig zu werden, der Straße schien die letzte Entscheidung vorbehalten zu sein und die Worte Vanderveldes: „Falls aber der König ein Gefangener der Merikalen sein will, wird er zu denen gehören, die wir zermalmen,“ prophezeiten Geiseln und Küstladen aus den Tagen der Kommune. Wer wollte da angesichts all dieser Begeisterung und der entfalteten Machtmittel, angesichts der Truppenkolonnen, die „Es lebe das allgemeine Wahlrecht!“ schrien, angesichts der streifenden Bürgerwehr daran zweifeln, daß entweder die Verfassungsrevision oder die Revolution das Ende der Tragödie sein würde. Es ist aber so gekommen, wie es kommen mußte: Der Generalstreik ging an seinen inneren Widersprüchen zu Grunde und damit mußten die Hoffnungen des Volkes vorläufig zu Grabe getragen werden. Die Situation ist jetzt verworrener als vorher und alle großen Worte von einem moralischen und tatsächlichen Erfolge der Volksache können an dem Siege der Reaktion nichts ändern.

Bei allen aufgeklärten Generalschafflern kann nur eine Stimme herrschen, die in der drastischen Weise des Herrn Auer nicht ganz unzutreffend zum Ausdruck kommt. Wenn man während des Kampfes mit seiner Meinung in der Öffentlichkeit zurücktritt, so doch nur deshalb, um nicht den Eindruck zu erwecken, als wolle man die Kämpfer entmutigen und den Volksfeinden das Wasser auf ihre Mühlen geben, die belgischen Arbeiterführer hatten aber die Pflicht, den Generalstreik um jeden Preis zu verhindern, weil er doch nur das offenkundige Ein-

geständnis der Unfähigkeit zur Revolution ist, für die ein Generalstreik die Introdution bildet. Ist dann einmal der Stein im Rollen, so trifft das Wort Vanderveldes vom „Zermalmen“ zu, nur nicht in dem vom Rebner gebrauchten Sinne. Daß der Generalstreik allein die Machthaber niederzwingen und daß der Stillstand der Fabriken die Regierung in Belgien veranlassen würde, der Verfassungsrevision zuzustimmen, konnte nur von recht naiven Gemütern angenommen werden, denn die angebliehen Bundesgenossen der Arbeiter, die Liberalen, haben gar kein Interesse daran, an Stelle der Merikalen Herrschaft diejenige der Arbeiter gesetzt zu sehen. Wenn daher in ernsthafter Weise von deutschen Arbeiterblättern berichtet wurde: „Die Bourgeoisie sammelt für die Streikenden“, oder: „Die liberalen Fabrikanten sympathisieren mit der Arbeiterschaft“, so ist wohl die Frage gestattet: wie groß die Vorteile der Unternehmer sein mögen, die ein Generalstreik für sie im Gefolge hat? Die Liberalen in Belgien wollen die auf den Bauernstand sich stützenden Merikalen aus der Regierung drängen, um an deren Stelle die Herrschaft der Industrie, des Geldjades zu etablieren. Soweit zu diesem Zwecke die Arbeiter den Liberalen von Nutzen sind, sind diese Revisions- und Arbeiterfreunde, sammeln sie für die Streikenden“ und „sympathisieren mit der Arbeiterschaft“! Die Arbeiterschaft steht wie überall so auch in Belgien allein, diese Tatsache scheint den belgischen Arbeitern vollständig aus dem Gedächtnisse geschwunden zu sein, vergessen scheint zu sein, daß die liberalen Ausbeuter in den Bergwerken, in der Spinnfabrikation, in der Textilindustrie Belgiens niemals Freunde des Generalstreiks sein konnten. Die Worte, „daß das Proletariat für seine Ideale auch zu sterben wisse“, daß die Arbeiter „zu allem entschlossen“ seien usw. sprechen ja auch dafür, daß der Generalstreik den Bürgerkrieg im Gefolge haben mußte, wenn die Arbeiterschaft vielleicht gegen ihren eignen Willen zu den letzten Konsequenzen des Generalstreiks gezwungen worden wäre. In diesem Falle sind Regierung, Merikale und Liberale durchaus einig und Spitzel und das sich bei solchen Gelegenheiten überall breit machende Lumpenproletariat hätten das ihrige getan, um die Blüte der belgischen Arbeiterschaft vor die Flintenläufe zu drängen, so daß auf Jahrzehnte hinaus alle Früchte der politischen und gewerkschaftlichen Erziehung der Arbeiter vernichtet worden wären. Ganz abgesehen von dem Rückschlag auf die europäische Arbeiterbewegung.

Wenn sich daher der Vorwärts aus Brüssel schreiben läßt: „Die eigentümliche Gestaltung des belgischen Nationalcharakters, diese glückliche Mischung von deutscher Gründlichkeit und französischem Glanz, prädestiniert die hiesige Arbeiterschaft geradezu zur Trägerin einer so gewaltigen Bewegung, wie sie der Generalstreik ist“, so beweisen diese Worte sehr wenig für die „deutsche Gründlichkeit“ des betr. Schreibers, denn sowohl diese wie der „französische Glanz“ erinnern an glänzende Kavallerieattacken — auf dem Manöverfelde, im Ernstfalle blieb aber „kein Schwanz übrig“ gegenüber dem Salvenfeuer der Repetiergewehre. Auf dem Wirtschaftsgebiete liegen die Dinge nicht anders. Die bel-

gischen Gewerkschaften sind noch sehr unentwickelt, ihre wirtschaftlichen Machtmittel sind gleich Null, die Hilfe des Auslandes wäre nur ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein, die Not und das Elend würden die Arbeiter entweder zum Aufgeben des Streiks oder die Provokationen der Gegner würden die Arbeiter zur „Mobilisierung der Straße“ zwingen. Die mit „deutscher Gründlichkeit“ gefertigten Mausergewehre und der „Glanz“ der Flug- und Durchschlagkraft der Geschosse halten leider die Probe mit dem phrasenhaften Wortgeklingel des „prädestinierten“ Generalstreikschwärmers im Barwärts aus. Wir sind neugierig, wie dieser Herr, der von der wirtschaftlichen Kriegsführung nur eine sehr unklare Vorstellung haben kann, sich jetzt mit „Glanz“ aus der „Gründlichkeit“ seines Kleinfalles wieder heraushilft, denn wenn schon die in erster Linie für den Generalstreik geeigneten Arbeiter diesen in so kläglich Weise beenden müssen, was bleibt dann zur Unterstützung der politischen Aktionen der Arbeiterschaft vom Generalstreik überhaupt noch übrig?: der „Generalunsinn“! Unser Erachtens lag also auch für die Vorwärtsredaktion kein Anlaß vor, ohne jede Nachprüfung die erste Meldung von der Aufhebung des Generalstreiks als einen „deplazierten Aprilscherz“ und als eine „freche Verulung“ zu bezeichnen.

Nicht an der „eigentümlichen Gestaltung des belgischen Nationalcharakters“ liegt es, daß der Generalstreik proklamiert werden konnte, sondern an den geographischen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes. Belgien, ein Land mit revolutionärer Vergangenheit, das dichtbevölkerteste Land Europas und gleichzeitig das dichteste Eisenbahnnetz der Welt aufweisend, hat ein ziemlich freies Press- und Vereinsgesetz, wie seit vielen Jahren die Pressäußerungen und die Versammlungen und Streikendemonstrationen der belgischen Arbeiter beweisen. Durch diese äußeren Erscheinungen kann sehr leicht in der Arbeiterschaft eine Ueberschätzung ihrer Macht eintreten, was für die Arbeiter selbst um so gefährlicher ist, da, dank der seitens der herrschenden Gesellschaft betriebenen Ausbeutung und Verdrückung, 30 bis 40 Prozent der belgischen Bevölkerung weder lesen noch schreiben kann. Hier trifft die Liberalen die gleiche Schuld wie die Merikalen. Gerade die Liberalen haben sowohl in den Verfassungskämpfen wie bezüglich des Gesetzes über die Errichtung von Elementarschulen stets passiven Widerstand geleistet, so daß die politische Macht in den Händen der Besitzenden ruht, daß wir in Belgien ein äppiges Klosterleben und für die reichen Leute genügend Privatschulen, aber keine Volksschulen haben. Die genossenschaftliche Bewegung der belgischen Arbeiter ist stärker als die gewerkschaftliche entwickelt, was zweifellos ein Nachteil ist, da die Genossenschaften ihren Ausgangspunkt in den Gewerkschaften suchen müssen, wenn erstere irgend eine Bedeutung für die wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter haben soll. Auch ist Belgien längere Zeit das Versuchsfeld für anarchistischen Hokusfokus gewesen, ferner ist die Idee des Generalstreiks in Belgien schon in früheren Jahren theoretisch und praktisch behandelt worden, alles Dinge, die den jetzigen Generalstreik erklärlich erscheinen lassen.

Mit der „deutschen Gründlichkeit“ und dem „französischen Glanz“ hat er nichts zu thun, denn nicht der Nationalcharakter, sondern die Geschichte des Landes und die bestehenden Verhältnisse begünstigen das Experiment.

Auf die Geschichte der seit Jahrzehnten in Belgien tobenden Verfassungskämpfe wollen wir hier nicht eingehen, da wir ja wie alle Arbeiter das Zensurwahrsrecht und das Pluralwahlsystem bekämpfen, feststellen wollen wir nur, daß die belgischen Arbeiterführer sich der Situation in keinem Betracht gewachsen zeigten, daß das Wort vom „Rückwärts“ auf sie mit vollem Rechte anzuwenden ist. Wollten sie das Aeußerste wagen, durften sie nicht die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit bestimmen oder sie mußten die Folgen des Generalstreiks und seine Nutzlosigkeit voraussehen und demgemäß ihre revolutionären Redensarten in ein erträgliches Verhältnis zu den Machtmitteln des Proletariats bringen, statt die hochtönenden Worte von „Blut“ und „Sterben“, „Revolution“ und „Bürgerkrieg“ in so kläglich Weise mit dem Beschlusse der Beendigung des kaum fünfjährigen Generalstreiks ausklingen zu lassen. Es ist eben in der Arbeiterbewegung leider immer noch sehr viel Augenblicksstimmung maßgebend, Gefühlsreden an Stelle reiflicher Erwägung, reale Machtmittel des Gegners werden mit einigen schönen Theorien hinwegdisputiert und papierne Worte müssen materielle Tatsachen ersetzen. Die Gegner der Arbeiter sind ganz intime Kenner der tatsächlichen Verhältnisse unter der Arbeiterschaft, wie der trotz des bestehenden Generalstreiks gefasste Kammerbeschluß, die Ablehnung der Revisionsanträge betr., die Haltung der Regierung und die jüngste Aeußerung des Königs beweisen. Man kann daraus lernen, daß man sich mit überradikalen Phrasen, wie sie die belgischen Arbeiterführer gebraucht, nur lächerlich macht, daß der Arbeiterschaft damit aber nichts genügt ist.

Es kommt aber noch eins hinzu, die Frage nämlich, ob bei einer Revision der Verfassung die Arbeiterschaft stark genug ist, im Parlamente ihre politische Arbeit auf die wirtschaftliche Organisation und Macht der Arbeiter aufzubauen. Ohne diese bleibt die Verfassungsrevision für die belgischen Arbeiter keineswegs eine so weittragende Errungenschaft, als sie zur Zeit bewertet wird. Der Sturz des Titular-Königs Leopold ist wohl möglich, für die Verfassungsrevision aber ziemlich gleichgültig, tritt aber nicht gleichzeitig an Stelle der konstitutionellen Monarchie die soziale Republik — für absehbare Zeit ein Phantom —, so bleibt nur eine Republik der Kapitalisten übrig, ganz abgesehen davon, daß im Falle einer für die Arbeiter siegreichen Revolution die militärische Invasion einer auswärtigen Macht nicht ausgeschlossen wäre. Wie die Verhältnisse also liegen, konnte der Generalstreik die Regierung nicht zur Nachgiebigkeit zwingen, noch waren die Verhältnisse zur Revolution reif, weshalb das Experimentieren mit dem Generalstreik lediglich die wirtschaftliche und politische Unreife der belgischen Arbeiterschaft beweist. Die Niedermezelung der Arbeiter durch Polizei, Bürgergarde und Militär verweist die Fraternalisierung der bewaffneten Macht mit dem Volke in das Reich der Ausschneiderei und Stimmungsmacherei. Dazwischen gehört auch die Sympathie der belgischen Grubenbarone für die Arbeiter. Die unzuverlässigsten Arbeiterfreunde sind in allen Ländern immer noch die Liberalen gewesen.

Bekanntlich haben die Antwerpener Diamant-schleifer und die Brüsseler Buchdrucker sich an dem Generalstreik nicht beteiligt, jedenfalls in weiser Würdigung der großen Verantwortlichkeit und der totalen Ausichtslosigkeit desselben. Denn noch auf lange Zeit hinaus werden die wirtschaftlichen Schäden des Generalstreiks in tausenden von Familien das Elend heimisch machen, so daß das europäische Proletariat den hungernden Brüdern in Belgien schnell und ausgiebig beizuspringen hat. Ganz gegen seine sonstige Gepflogenheit hat auch der Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Partei Geldmittel für die belgischen Arbeiter flüssig

gemacht, jedenfalls nicht wegen, sondern trotz des Generalstreiks. Dieser gehört nunmehr der Geschichte an — und aus ihr sollen wir lernen. Angesichts des verlorenen Generalstreiks haben wir mit der belgischen Arbeiterschaft die felsenfeste Ueberzeugung, daß die Verfassungsrevision doch noch kommen wird, aber sie wird sich nie erzwingen lassen, wenn ein Volk geistig und wirtschaftlich so tief steht wie das belgische. Es gilt zunächst, die belgischen Arbeiter in wirtschaftlich kräftigen nationalen Verbänden zu organisieren, wenn die politische Aktion der Arbeiter nicht auf Flugand ruhen soll. Eine Arbeiterschaft, wie sie heute in Belgien die Verfassungsrevision fordert, lanziert man vor die Schießprügel, aber bewilligt ihnen nichts. Gerade das fast uneingeschränkte Versammlungsrecht müßte in Belgien zur Organisation der Massen auf dem Wirtschaftsgebiete benutzt werden, die politischen Ziele dürfen nicht weiter gesteckt werden, als die wirtschaftliche Macht der Arbeit sie stützen kann, denn ohne genügende wirtschaftliche Macht ist eine politische Macht des Proletariats undenkbar. Mit dieser Arbeit geht Hand in Hand der allgemeine Kulturfortschritt, der auch die belgische Finsternis noch durchbrechen wird. Und vor allem müssen die belgischen Arbeiterführer sich mit der Tatsache vertraut machen, daß die sozial- und wirtschaftspolitisch weit vorgeschrittenen englischen, deutschen und französischen Arbeiter den Generalstreik nicht riskieren dürfen, wollen sie nicht ein halbes Jahrhundert Kulturarbeit vernichten und die Massen auf Jahrzehnte hinaus rettungslos den Feinden der Arbeiter ausliefern. Nicht was man will, sondern was man kann, entscheidet bei den Aktionen der Arbeiterschaft, was darüber hinausgeht, sind Verzweiflungsausbrüche, wie sie nur bei einer so ausgebeuteten, unterdrückten, politisch rechtlosen Arbeiterschaft wie der belgischen möglich sind, die von den liberalen Kapitalisten dem Hunger und dem — Schnaps in die Arme getrieben wird. Mit solchen Massen macht man weder einen Generalstreik noch eine Revolution. Daraus erklärt sich auch das starre „Non possumus“ der Regierung und der liberalen Kammermehrheit wie die wackelhafte Haltung der „revisionsfreundlichen“ Liberalen. Einige Jahrzehnte Kleinarbeit der belgischen Arbeiterführer wird aber der dortigen Arbeiterschaft nützlich sein als das inhaltslose Drohen mit der Revolution, die ihre Schrecken für die herrschende Gesellschaft verloren hat — und nicht bloß in Belgien.

## Zur Generalversammlung.

Nach den bisher veröffentlichten Artikeln scheint man in Kollegentreuen der Errichtung einer Witwen- und Waisenkasse im großen Ganzen sympathisch gegenüber zu stehen. Gewiß ist es ein lobenswertes Bestreben, dafür zu sorgen, daß die Hinterbliebenen nach dem Tode ihres Ernährers vor allzu großer Not geschützt sind. Es fragt sich nur, in welcher Weise beschreiten wir diesen Weg, um den gewollten Zweck auch vollständig zu erreichen. Während man auf der einen Seite eine fortlaufende Unterstützung für Witwen und Waisen vorschlägt, fordern wieder andere Kollegen eine einmalige Abfindungssumme, etwa in der Form eines erhöhten Sterbegebüdes.

Da nun bei der Einführung einer Witwen- und Waisenkasse unser Verband einen Unterstützungsweitzweigen schaffen würde, worüber in unsern speziellen Berufen noch gar keine oder aber sehr mangelhafte Unterlagen vorhanden sind, so dürfte es sich empfehlen, alles das, was für oder gegen eine derartige Institution ins Gewicht fällt, in unserm Organe zur Sprache zu bringen, damit das Für und Wider ohne Voreingenommenheit wohl erwogen werden kann.

Von vielen Seiten wird eine dauernde Unterstützung an Witwen und Waisen vorgeschlagen und zwar in monatlichen Zahlungen von fünf bis sechs Mark an die Witwe und fünf bis sechs Mark an jedes hinterbliebene Kind. Abgesehen davon, daß die überaus große Sterblichkeitsziffer in den zwanziger oder dreißiger Jahren eine unverhältnismäßig große Anzahl von Witwen unserer Kollegen schafft, welche davon abraten sollte, eine dauernde laufende Unterstützung zu gewähren, kann die Unterstützung auch niemals so hoch bemessen werden, um der Armen-Unterstützung ganz entgegen zu können, namentlich schon dann nicht, wenn mehrere Kinder vorhanden sind. Ich bitte dieses sehr wohl zu beachten. — Es ist ja vielfach die Ansicht verbreitet, daß derjenige, welcher Armen-Unterstützung bezieht, in den Augen seiner Mitbürger degradiert werde. Man bedeutet

nur nicht, daß die Armen-Unterstützung ein wohl erworbenes Recht ist, welches der Familienvater bei Lebzeiten durch Entrichtung von Steuern usw. für seine Familie erwirkt hat.

Darum sage ich hier nochmals, daß die Höhe der Unterstützungsätze von Verbandsseite niemals so hoch bemessen werden kann, daß die hinterbliebene Familie die Armen-Unterstützung ganz zu entbehren vermag. Nun wird aber von der Armenverwaltung derjenige Betrag, den eine Witwe oder die Waisen als Pension oder an Unfallrente usw. bezieht, an der Armen-Unterstützung gekürzt, die Witwe erhält also in der Tat keinen Pfennig mehr als jede andre Witwe, welche keine Witwen- und Waisen-Unterstützung erhält.

Der Familienvater resp. wir Buchdrucker hätten unsere Beiträge also im Interesse der Kommune geleistet. In dem Orte, in welchem Schreiber dieses anständig ist, erhält eine Witwe monatlich 12 Mk. Armen-Unterstützung und 5 Mk. für ein Kind. Im Falle diese Frau nur 10 Mk. Verbands-Unterstützung bezüge und für ein Kind 5 Mk., würde sie nur 2 Mk. Armen-Unterstützung erhalten. Wenn aber der eine oder andre Kollege vielleicht meinen sollte, die Witwe wäre im Stande, unsere Unterstützung verheimlichen zu können, so ist dieses bei dem großen Verwaltungsapparate sowie bei den vielen Mitwirkenden in unseren Kreisen fast ausgeschlossen. Anders würde sich die Sache aber gestalten, wenn die hinterbliebene Witwe eine einmalige Abfindungssumme erhielt. Diese Summe kann dieselbe in irgend einer Weise verheimlichen, wenn sie nicht mit derselben in den Stand gesetzt werden sollte, für sich und die Ihrigen eine Existenz zu gründen.

Aus allen diesen Gründen und noch aus anderen, welche früher bereits für die einmalige Abfindungssumme von anderer Seite angeführt worden sind, kann ich den Vertretern zur Generalversammlung nur den Antrag Duisburg empfehlen, welcher lautet: Der Bezirk Duisburg beantragt, unter Ablehnung des Projektes einer Witwen- und Waisenkasse, die Sterbegebüde stufenweise nach der Dauer der Mitgliedschaft bis zum Höchstbetrage von vielleicht 60 bis 750 Mk. festzusetzen.

Die Annahme dieses Antrages macht die Gründung einer Witwen- und Waisenkasse illusorisch und erreicht denselben Zweck, welchen man bei der Gründung einer derartigen Kasse im Auge hatte.

Ich habe bereits oben gesagt, daß ich den Hinterbliebenen unserer Kollegen keinesfalls eine Unterstützung mißgönne, ich bin aber der Ansicht, daß unser Verband in erster Linie bestrebt sein muß, seinen Mitgliedern in jeder Lage schützend zur Seite zu stehen. — Die Frage, ob eine Witwen- und Waisen-Unterstützung in den Rahmen unsern Verbandsprinzips paßt, will ich hier nicht weiter berühren, ich halte aber die Frage für viel wichtiger, kommt der Verband auch wirklich allen unseren Mitgliedern so zu gute, wie es nötig ist. Hier möchte ich einen Mangel anführen, der ebenfalls den Bezirk Duisburg veranlaßt, zur Generalversammlung einen Antrag zu stellen. Es betrifft dies die Invaliden-Unterstützung. Nach den Vorstandsbeschlüssen kann nur derjenige die Unterstützung beziehen, der nach Abschloßierung der Karenzzeit dauernd erwerbsunfähig ist. Da dieser Absatz eine große Härte namentlich unseren alten, erprobten Kollegen gegenüber entfällt, beantragt Duisburg, dem § 1, Absatz 3, folgenden Passus hinzuzufügen:

„Mitglieder, welche 40 Jahre ununterbrochen dem Verbande angehört haben, treten nach Vollendung des 65. Lebensjahres ohne weiteres in den Bezug der Invaliden-Unterstützung, auch wenn sie noch im Beruf tätig sind.“

Dieser Antrag wurde damit begründet, daß man denjenigen, die unsern Verbande 40 Jahre Treue gehalten und das 65. Lebensjahr zurückgelegt haben, einen angenehmen Lebensabend gewähren müsse, als es denselben vielfach bis jetzt vergönnt ist.

Wie sind denn in den meisten Fällen die letzten Lebensjahre (wenn sie dieses hohe Alter erreichen) unserer Buchdrucker veteranen gestaltet? Von der langjähriger Arbeit gebeugt, von vielen Prinzipalen nach langer, treuer Dienstzeit auf die Straße gestoßen, vielfach selbst von den eignen Kindern der Mißheiß mißgönnt, wird dem Bedauernswerten nur zu oft das Leben zur Qual. Hat dieser Kollege nicht ein Recht darauf, nachdem er 40 Jahre treu und ehlich dem Verbande gedient und nun nicht mehr fähig ist, seinen Lebensunterhalt verdienen zu können, von dem Verbande zu verlangen, daß derselbe seinen Lebensabend etwas angenehmer gestaltet? Sollte man derselben ihm nichts gewähren, er ist noch nicht „dauernd erwerbsunfähig“, er ist vielleicht noch im Stande, etwas zu verdienen. An einer Stelle wurde dem Begründer des Antrages entgegengehalten, daß man diejenigen Prinzipale, welche alte Kollegen beschäftigen, mit der Annahme dieses Antrages veranlassen würde, diese Kollegen zu entlassen, sie hätten ja dann nicht mehr nötig, denselben sozusagen das Brodverbot zu geben, da diese ja von Verbandsseite Unterstützung erhielten. Ich will nicht bestreiten, daß es auch heute noch anständige Prinzipale gibt, welche ihre alten Leute nach treu geleisteter Arbeit bis ins späteste Alter beschäftigen; aber hat man nicht vielfältige Beweise vom Gegenteil? Aber gesetzt den Fall, der alte Kollege wird nicht entlassen, kann er dann noch, namentlich wenn er ins Berechnen gestellt wird, seinen Lebensunterhalt verdienen? Sollte aber irgend ein Mitglied in bevorzugter Stellung mit auskömmlichem Ver. e. i. fte in den Genuß der Unterstützung gelangen, nun,

so gönnen wir auch diesem die selbe, er hat sie durch sein treues Festhalten an unseren Prinzipien verdient! Wenn der Verband auch noch keine 40 Jahre existiert, so dürfte die Annahme dieses Antrages für viele ältere Mitglieder beruhigend wirken, wissen sie doch, daß der Verband wie in allen Fällen so auch in seiner letzten Lebensjahre ihm helfend zur Seite steht. — Ein dritter Antrag Duisburgs zur Generalversammlung will die Aufhebung der Gauzuschüsse zur Arbeitslosen-Unterstützung und die letztere von Verbandsseite um 50 Pf. pro Tag bei der heute bestehenden Karenzzeit erhöht wissen. Der Antrag spricht für sich selbst. Denn wenn fast alle Gänge zur Arbeitslosen-Unterstützung noch Zuschüsse gewähren, so muß das Bedürfnis dafür doch vorhanden sein. Es ist aber ein schreies Unrecht, wenn man von Mitgliedern Beiträge verlangt, also ihnen Pflichten auferlegt, während man voraussehen muß, daß sie niemals in den Genuß von Rechten gelangen können. Unse, d. h. die Gaukasse von Rheinland-Weiskalen, wäre niemals lebensfähig, wenn nicht Hunderte von Kollegen, die kurze Zeit ihrer Konditionieren, zu dieser Kasse steuern müßten! Daher sollte der Verband die Sätze erhöhen. Damit nun unser Hauptfiskalierer kein Urteil bei dem Durchlesen dieses Artikels bekommt, will ich ihm mitteilen, daß wir gleichfalls beantragen, den Beitrag um 10 Pf. pro Woche zu erhöhen. Bezirk Duisburg. F. K.

### Zur Situation im Schriftgießergewerbe.

Die ganze Aufmerksamkeit der Verbandskollegen in letzter Zeit wurde der Tarifbewegung unserer Buchdruckerkollegen gewidmet und es war daher notwendig, daß der übrige nicht direkt dabei engagierte Teil sich in strenger Reserve verhielt, um auch keinen Augenblick die Aufmerksamkeit von der Tarifbewegung abzulenken. Dieses waren sich die Schriftgießer wohl bewußt und so traten sie denn auch während dieser Zeit weniger hervor als eigentlich die Situation erforderte.

Die Lage im Schriftgießergewerbe hebt sich von den übrigen Gewerben wenig ab, und ehe nicht der Höhepunkt der Abflauung im allgemeinen erreicht ist, wird auch hier eine wenig veränderte Situation eintreten. Eine Glanzperiode, wie sie hinter uns liegt, wird so bald nicht wieder zu verzeichnen sein und wir darauf schon in aller nächster Zukunft rechnen sollte, verkennt die allgemeine Lage denn doch, und es würde auch nur sehr wenig zur vollständigen Gesundung beitragen; denn ein Emporjähnen wie es die letzten Jahre hervorgebracht haben, die geradezu eine unheimliche Ausdehnung der Schriftgießerbetriebe herbeiführten, mußte zu einer derartigen langwierigen Krisis führen und der Gesundungsprozess kann nur dadurch vor sich gehen, daß die Buchdruckereien einen gehörigen Verdammungsprozess vornehmen, der nur dadurch geschieht, daß sich ein regerer Geschäftsgang auch erst hier bemerkbar machen müßte und dann eine weitere Ausdehnung der Gießereibetriebe auf geraume Zeit unterbleiben müßte, was sich ja auch eigentlich von selbst verbietet. Nicht zu unterschätzen ist hierbei die Konkurrenz der Segmaschine, die jedoch hoffentlich einen Ausgleich in der mit der Zeit und bei günstiger Geschäftskonjunktur sich herausbildenden Massenproduktion schaffen wird. Trotzdem steht heute noch ein großer Teil der Buchdruckerbesitzer der Einführung der Segmaschine skeptisch gegenüber und das wohl nicht ganz mit Unrecht; denn wer die Herstellung der Typen auf dem bisherigen heißen Wege durch geschmolzenes Metall kennt, wird wissen, daß dieses Verfahren mit verschiedenen Störungen verknüpft ist, die auch an der Segmaschine unaussprechlich sind. Hingru kommt der feine komplizierte Mechanismus, der ebenfalls nicht immer in wünschenswerter Weise funktioniert. Ueber dieses alles hilft die ganze marktgerichtete Messung nicht hinweg, denn sie entspricht einfach nicht den wahren Tatsachen.

Die Segmaschine hat einen Teil der produktiven Arbeit der Schriftgießer übernommen und damit soll und muß gerechnet werden. Dieser Teil wird aber nicht zu dem Verhältnis stehen, wie ihn die Stereotypie den Gießereien gegenüber gebracht hat oder der Uebergang von dem Handinstrumente zur Handmaschine, und was dem ebenfalls gleich käme, die Produktionsform der Handmaschine zu der vollendeten Gießmaschine, der Kompletmaschine. Wir sehen hier, daß die Schriftgießerei verschiedene Stadien hat durchlaufen müssen und daß dabei Prinzipale wie Gehilfen auf ihre Rechnung gekommen sind; die Lage der letzteren ließ allerdings manchmal sehr vieles zu wünschen übrig. Es stellt sich sogar als eine Notwendigkeit heraus, daß der fortschreitenden Produktion unseres Buchdruckerwerkes neue Produktionsformen auch im Schriftgießergewerbe zu Hilfe kamen, um dadurch in erster Linie besseres und billigeres Material zu liefern, das die Firmen auch bedeutend schneller erhalten können.

Ständen die Schriftgießer heute noch am Gießofen und pinnen ihre Brotschriften, dann wäre es wahrlich schlecht bestellt mit der ganzen Buchdruckerkunst, daher hat auch jede Erneuerung ihre Vorteile; würde eine Segmaschine erfunden, die allen an sie gestellten Anforderungen entsprechen würde und wirklich rentabel ist, dann würde der Buchdruckerbesitzer dadurch in die angenehme Lage versetzt, bedeutend mehr für sein Accidenzmaterial anwenden zu können und er könnte dann dementsprechend mit technisch schöneren Ausführungen hervortreten und es würde sich hierin ein größerer Wettbewerbs bemerkbar machen. Die Folge hiervon wäre und wird sein: größere Aufträge von Bier-, Titelschriften und Einfassungen.

Die Schriftgießer werden jedoch nur auf eine kleine Zahl beschränkt bleiben, eine größere Ausbreitung wird und hat die Technik bis heute verhindert.

Momentan befinden wir uns in der Uebergangsperiode und da die Uebergangsperiode immer die dunkelsten Schatten wirft, so wirkt es doppelt fühlbar in einer Zeit, wo wir unter einer derartigen allgemeinen wirtschaftlichen Misere zu leiden haben. Daher nimmt es kein Wunder, daß ein Teil unserer Kollegen schon seit geraumer Zeit arbeitslos ist und nicht zu Unrecht konnten die Schriftgießer bei der ganzen Enge des Gewerbes das Verlangen im vorigen Jahre auf Verkürzung der Arbeitszeit stellen. Mit demselben Rechte wie die Arbeitgeber an ihre Personale in günstiger Zeit herantreten, um eine Mehrarbeit durch Ueberstunden zu leisten, können auch die Arbeitnehmer das Verlangen stellen, daß bei einer derartigen Geschäftsfrage und solch einem Umfange der Produktionsverhältnisse wiederum demjenigen Teile, der hierdurch die Arbeit verloren hat, Gelegenheit geboten werden muß, solche, wenn auch erst bei Hebung der Geschäftslage, wieder zu bekommen. Es ist ja erfreulich, daß ein Teil unserer Prinzipale (Leipzig gehört selbstverständlich nicht hierzu) in Deutschland sich dieser Einsicht nicht verschlossen hat und dem Wunsche der Gehilfenschaft nachgekommen ist, trotz aller gegenteiligen Einflüsse der Herren von Leipzig, die sich gegen die nur zu berechtigten Wünsche der Gehilfen richten. Man ist bekanntlich bemüht, in Leipzig nach zwei Richtungen hin seinem Einflusse Geltung zu verschaffen. Auf der einen Seite lamentieren die Herren über die auswärtige Konkurrenz, zu gleicher Zeit aber versucht man mit allen künstlichen Mitteln von Leipzig aus, diese, wie die Herren meinen, Konkurrenten zur gemeinsamen Arbeit gegen die Gehilfen aufzustacheln. Das Manöver ist denn doch zu fadenförmig, als daß es die Prinzipale nicht merken sollten, was hier von Leipzig beabsichtigt wird, und man hat gut getan, den Herren in möglichst schonender Weise den Hofierschemel zurecht zu stellen, damit sie sehen, daß ihr Manöver erantant worden ist; man will die überläufige Konkurrenz in Ungelegenheiten bringen — durch einen eventuellen Kampf mit ihrem Personale, um so selbst leichteres Spiel zu haben — und zwar aus dem Grunde, weil die Leipziger Konkurrenz mit den Jahren zu steigern die übrige Prinzipalität kein Bedürfnis gefühlt hat. Im übrigen sitzen einige Größen mit ihren Hausgierereien dahinter, die so wie so ihrer Konkurrenz gegenüber schon im Vorteil durch diese Hausgierereien sind. Auch diese möchten womöglich noch ihre Schriften, wenn nicht gerade für umsonst, so doch zu einem billigen Minimum gegossen haben.

Den Herren ist zur Genüge bis jetzt vor Augen geführt worden, daß Hamburg, München, Berlin und die übrigen Geschäftstädte nicht Leipzig sind und daß nicht überall der einseitige Unternehmerstandpunkt herrschen wird, sondern daß man im übrigen Deutschland mehr soziales Verständnis besitzt und eher dazu geneigt ist, die schroffen Klassengegenätze zu überbrücken, als immer wieder den allmächtigen Unternehmer herauszufinden, wie das in Sachen und namentlich in Leipzig um Ueberbrunne geworden ist. Aber hoffentlich wirkt dieses entsprechend auf ihre Arbeiterschaft und diese wird es verstehen, durch strammes Organisieren einer solchen Arbeiterschaft, die den Arbeiter nur als Mittel zum Zwecke betrachtet, gewachsen zu sein. Denn bis jetzt blieb auch nach dieser Richtung hin in Leipzig zu wünschen übrig, man raffe sich endlich einmal auf, ehe es für Leipzig zu spät ist.

Nichts konnte die Gehilfenschaft mehr befremden als die Verlegung der Zentrale der Prinzipalität Deutschlands nach Leipzig. Wüßte denn die Prinzipalität, der doch verschiedene sehr liberale Arbeitgeber angehören, nicht, daß Leipzig absolut kein Vertrauen bei den gesamten deutschen Schriftgießern hat, daß man bei den Leipziguern so wenig soziales Verständnis vorfindet wie nirgends sonst, und auch die Buchdrucker haben doch absolut kein Vertrauen zu Leipzig. Die Beweise sind doch erst bei der Tarifführung wiederum erbracht worden.

Man lasse daher davon ab und skizziere der Gesamtheit nicht Leipzig als Zentrale auf. Es war gar nicht ausgeschlossen, daß die Gehilfenschaft mit einer Zentrale in Verhandlungen getreten wäre, ehe sie in den einzelnen Städten ihre Wünsche vorgebracht hatte. Die Absicht bestand im allgemeinen, weil sich in der Arbeiterschaft und auch bei den Arbeitgebern immer mehr die Ansicht durchringt, daß der gewerbliche Frieden durch eine korporative Befestigung der Lohnsätze ein gesicherter ist. Dazu gehört aber vor allem das Vertrauen zu einander und das wird bis auf weiteres für Leipzig nicht vorhanden sein, und zwar so lange nicht, bis man sich auch in Leipzig durchgerungen haben wird, den modernen sozialen Bestrebungen einigermaßen Rechnung zu tragen. Bis dahin aber wird wohl noch ein gut Stück Zeit an uns vorüberziehen. (.)

### Unsere Spezialorganisationen.

Obgleich ich nicht willens war, in der von mir angeregten Frage der Unterstützungs-Einrichtungen unserer Spezialorganisationen nochmals den Raum des Corr. in Anspruch zu nehmen, da dieser Punkt von der Redaktion in erspürlicher, mir zuzugender Weise behandelt wurde, so muß ich doch von diesem meinem Vorfatze abgehen. Nun ist es aber nicht die Entrüstung, die sich die Maschinenmeistervereine Heilbronn und die Konferenz verschiedener Maschinenmeisterklubs in Worms meiner Person

gegenüber leisteten. Das war ihr gutes Recht und mir hat's nicht weh' gethan. Es kam mir doch aber niemand verarger, über die angeregte Frage anderer Meinung zu sein als die dabei interessierten Kreise. — Ich habe auch nicht Lust, auf die sachlicher als die ersten gehaltenen Artikel des Kollegen Cs.-Karlruhe und Baisede-Stuttgart einzugehen, denn eine Erwidrerung auf den ersten Artikel ist bereits in ausführlicherer und gründlicherer Form seitens der Redaktion erfolgt.

Die Art und Weise der Behandlung meines Artikels und die Bemerkungen in Bezug auf meine Person in dem Berichte über den zweiten Kongreß der Stereotypen- und Galvanoplastiker Deutschlands in Hamburg veranlassen mich, nochmals das Wort zu nehmen zu einigen kurzen Ausführungen.

Da ist zunächst auf dem Kongresse betont worden, man wolle ihnen, den Stereotypen usw., die Gleichberechtigung absprechen. Das ist, soweit es meine Anregung anbetrifft, eine ganz banale Redensart und hätte man für die Berechtigung dieser Behauptung auch nicht den Schatten eines Beweises erbringen können. Weber ich und wohl auch nicht die Redaktion des Corr. haben bei den betreffenden Ausführungen etwas derartiges im Sinne gehabt — bloß die Wünsche, die sich an den Spezialorganisationen in bereits besprochener und noch weiter unten ergänzter Weise zeigen, die sollten gekennzeichnet werden.

Da ist ferner die grandiose Entdeckung gemacht worden, daß ich ein Schwerverbrecher sei, der Verdictes auf dem Kerbholze habe, indem ich vom Jahre 1896 bis 1899 Berichtblätter der Buchdrucker-Wacht gemessen sei und mich demzufolge nicht drucken dürfte. — Ich habe Verdictes auf dem Kerbholze. Da haben wir die Besserung. — In was das Verdictes besteht, wird nicht verraten. Daß ich früher vier oder fünf Notizen, über die ja gar kein Geheimnis herrschte und die sich mit örtlichen Verhältnissen befaßten, an die Wacht geschrieben habe, muß ich zugeben — ohne indes bußfertig um „Gnade“ zu flehen. Geschehen ist geschehen — Wädel, was greinst? Nur scheint mir, daß diese vier bis fünf Notizen dem Aufklärer über meine Person in Hamburg und seinen Hintermännern noch sehr schwer im Magen liegen.

Von einer Hezerei meinerseits in dem Artikel in Nr. 21 des Corr. kann keine Rede sein; ich habe für mich lediglich daselbe Recht in Anspruch genommen wie so viele andere Kollegen auch, etwas, was ich für falsch halte, zur öffentlichen Bepredung zu bringen, damit Abhilfe geschaffen werden kann, wenn es die Mehrheit der Kollegen für notwendig findet. Und dieses Recht lasse ich mir von niemand streitig machen. Ich bin heute noch nicht trotz der verschiedenen Gegenartikel und Protestklärungen von dem Nutzen überzeugt, den die Unterstützungs-Einrichtungen der Spezialorganisationen für den Verband haben sollen.

Ebenso wenig kann von einer Feindschaft gegen unsere Spezialorganisationen gesprochen werden, soweit ihr Ziel die Fortbildung ihrer speziellen Berufsangehörigen ist; geißelt wurde von mir bloß und ebenso von der Redaktion des Corr. das Unterstützungsweien, das nur geeignet ist, wie letztere sehr richtig bemerkt, die schließliche Dezentralisation im Verbands-Unterstützungsweien herbeizuführen. Und wie Recht ich hatte als ich darauf hinwies, daß noch mehr derartiger Unterstützungsweien in den Klubs sich einbürgern würden, wenn nicht den Spezialorganisationen in dieser Beziehung ein Hint gegeben würde durch eine Aussprache auf der Generalversammlung (auch die im Corr. hat nichts geschadet), beweist mir die Nr. 42 des Corr. vom 10. April, worin in einem Versammlungsberichte des Fachvereins der Schriftgießer, Stereotypen- und Galvanistoren usw. Münchens am Schlusse zu lesen ist:

Unter Vereinsangelegenheiten fand ein Antrag des Kollegen Leich: „Der Ausschuß wolle der nächsten Versammlung Vorschläge unterbreiten, auf welche Weise den konditionslosen Kollegen ein Zuschuß gewährt werden kann“, einstimmige Annahme.

Ich frage nun, zu welchen Zuständen muß es führen, wenn in diesem Zuschußstassenzünden so weiter gefahren wird? Später kommt noch dieser Klub und gründet eine Kasse behufs Zuschusses in Krankheitsfällen, jener eine solche bei Invalidität, ein dritter bei Sterbefällen usw. Fürwahr, eine prächtige Perspektive eröffnet sich uns, wenn in dieser Beziehung nicht bald etwas geschieht.

Kommen denn die Stereotypenkollegen in München mit der vom Verbands- und der Mitgliedschaft München gewährten Unterstützung bei Konditionslosigkeit schlechter aus als die anderen Verbandsmitglieder?

Es ist wahrlich die höchste Zeit, daß in puncto Sonderbestrebungen der Spezialorganisationen im Unterstützungsweien die nötige Direktive gegeben wird, ehe es zu spät ist.

Ich hätte, da ich gerade das Wort habe, noch einen Vorschlag zu machen, der dahin geht, die in Folge ihrer altertümlichen Bauart schönste und interessanteste Stadt Deutschlands, Nürnberg, als zukünftigen Erscheinungsort des Corr. vorzuschlagen. Norddeutschland hätte dann den Zentralvorstand, Süddeutschland die Redaktion des Fachblattes. Nürnberg würde sich infolgedessen hierzu gut eignen, als es nach allen Seiten hin gute Bahnverbindungen hat und hier ferner gute Beziehungen zwischen den Buchdruckern und der Arbeiterschaft bestehen. (Die sich uns

gegenüber im Nürnberg Arbeiterblatte dahint äußern, daß man uns als „Schweinfurter“ bezeichnet. Natürlich ist der betreffende Redakteur Verbandsmitglied. D. H. Insbesondere aber würde Nürnberg als eine der hervorragendsten Stätten von Industrie, Handel und Kunst mit seinen verschiedenen Museen (Germanisches Museum, Bayerisches Gewerbemuseum, Eisenbahn- und Postmuseum usw.) geeignet sein als der richtige Erscheinungsort für den Corr. Einer der ältesten Druckorte ist Nürnberg ebenfalls.

Da aber Kollege Rezhäuser zufällig Bayer ist, ergo sich nach den bayerischen Fleisch- bzw. Biersteifen zurücksehen könnte, da ferner anzunehmen ist, daß die übrigen Redaktionsmitglieder ebenfalls einen guten bayerischen Tropfen zu würdigen wissen — so könnte es in Kollegenkreisen schließlich wieder „den Anschein erwecken“, als ob mein Vorschlag „von oben“ propagiert sei und ich will ihn deshalb lieber nicht der Öffentlichkeit unterbreiten.

Nürnberg.

Gustav Weischnidt.

**Korrespondenzen.**

**Danzig.** Am ersten Ofterfesttage wurde im Gewerbehause der 32. (Ordnentliche) Gantag des Gauces Westpreußen abgehalten. Vertreten waren durch Delegierte die Druckorte Danzig, Elbing, Graudenz, Marienwerder, Dirschau, Neustadt, Rosenberg, Pr.-Stargard, Zoppot, Briesen, Kulm, Flatow, Königs, Marienburg und Tuchel; außerdem nahmen eine große Anzahl Danziger und einige auswärtige Kollegen an den Verhandlungen teil, so daß im ganzen etwa 130 Personen anwesend waren. Um 10<sup>1/2</sup> Uhr eröffnete der Vorsitzende Nagroßki den Gantag und begrüßte die Erscheinenden mit herzlichen Worten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde besprochen, daß im Jahre 1901 in Elbing verstorbenen Kollegen Hagelweiß gedacht und erhoben sich die Anwesenden, wie üblich, zur Ehrung desselben den Seiten. Aus dem Jahresberichte, welchen der Vorsitzende erstattete und der den Mitgliedern im Drucke vorlag, muß erwähnt werden, daß die Einführung des Tarifes in der Provinz noch sehr viel zu wünschen übrig läßt, die Kollegen jedoch anfangen, den Bestrebungen unserer Organisation mehr Beachtung zu schenken, indem zahlreiche Neu- und Wiederaufnahmen zu verzeichnen gewesen sind. In aller nächster Zeit wird an die Mitglieder des Gauces ein Fragebogen gesandt werden, welchen genau auszufüllen der Vorsitzende die Erscheinenden bat und bekannt gab, daß diese beantworteten Fragen zu einer Statistik verarbeitet werden sollen, welche dann genaue Aufschluß über die Verhältnisse unserer Provinz geben soll. Der Gantagler David erstattete nun den Kassensbericht, welcher einigen Kollegen Anlaß gab, die tadellose Führung der Kassengeschäfte zu rühmen. Die Jahresrechnung wurde genehmigt. Aus derselben ist zu entnehmen, daß im g-nen 57 Mitglieder 234 Wochen arbeitslos waren. Von diesen 57 Mitgliedern erhielten 29 136 Wochen arbeitslosen-Unterstützung, frank waren im Jahre 1901 58 Mitglieder 260 Wochen und erhielten sämtlich Kranken-Unterstützung. Heiße-Unterstützung wurde an 157 Mitglieder mit zusammen 960,50 Mk. gezahlt. Invaliden-Unterstützung vom Verbands bezogen 3 Mitglieder, von denen 1 Invalide wieder soweit hergestellt ist, daß er in Kondition treten konnte. Aus der Zentral-Invalidentafel i. L. wurde einem Invaliden Unterstüttung gezahlt. Der Mitgliederstand betrug Ende des vierten Quartals 1900 160, Ende des vierten Quartals 1901 201. Der Antrag des Vorstandes, den Gantag alle zwei Jahre abhalten zu wollen, wurde nach längerer Debatte mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt. — Die Unterstüttung für Ausgesteuerte und Nichtbezugsberechtigte wurde für Danzig auf 3 Mk., für Elbing auf 2 Mk. erhöht. — Ein Antrag auf Befolgung der Druckereifassierer wurde abgelehnt. Ebenso erging es dem Antrage: Der Corr. ist für den Gau obligatorisch einzuführen und zwar für jedes Mitglied ein Exemplar. Aus der Debatte war zu erkennen, daß man allgemein der Ansicht ist, daß die zur Generalversammlung beantragte Obligatorisierung des Corr. für den ganzen Verband eintreten wird; es wurde beschloffen, daß der Delegierte zur Generalversammlung diesen Antrag unbedingt zu unterstützen hat. — Der Beitrag zur Kasse wurde in alter Höhe, 20 Pf. pro Woche, festgesetzt. Als Ort für Abhaltung des nächsten Gantages — Ostern 1903 — wurde Graudenz gewählt. Nachdem noch von allen Seiten der Wunsch ausgesprochen war, in Zukunft immer mehr zu agitieren und Mitglieder zu uns heranzuziehen, wurde der Gantag vom Vorsitzenden kurz nach 3 Uhr mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. Ein Begrüßungstelegramm war von dem jetzt in München weilenden Kollegen M. Thielert eingegangen und erweckte bei der Versammlung ein lebhaftes Bravo. Dem Kollegen an dieser Stelle herzlichen Dank. — Bei dem Mittagessen, welches den Verhandlungen folgte, wurden manche Lieder gesungen und Reden gehalten. Abends fand, ebenfalls im Gewerbehause, ein vom Vergnügungsausschuß des Ortsvereins Danzig arrangiertes „Sommerfest“ statt, das einen glänzenden Verlauf nahm und allen Teilnehmern noch lange im Gedächtnisse bleiben wird. Erst als die Sonne schon hoch am Firmamente erschien, trennten sich die Kollegen und die Delegierten dampften ihren heimatischen Herden zu.

**Hamburg.** (Norddeutscher Maschinenfabrikerverein.) Der Vorstand teilte in der Versammlung vom 13. April mit, daß seitens des Maschinenfabrikervereins Berlin 10 Mk. bewilligt wurden und zwar als Beitrag

zur den im Interesse der Allgemeinheit der deutschen Maschinenfabriker gehaltenen Kosten. Auf Antrag des Vorstandes wurde beschloffen, zur bevorstehenden Delegiertenwahl der Generalversammlung in München seitens des Vereins einen Kollegen als Kandidaten aufzustellen. Hierbei gab man der Meinung Ausdruck, daß bei der bisherigen anerkennenswerten Haltung der Kollegenschaft Hamburg-Altonaes unseren Bestrebungen gegenüber wohl zu erwarten sei, daß dieselbe auch in diesem Falle für eine Vertretung unserer Spezialgruppe eintreten werde, weil dadurch am besten eine Klärung der Ansichten auf der Generalversammlung herbeigeführt werden könne. — Ueber die Stellungnahme zum Sechsmaschinentaxe Rheinland-Westfalens wurde ein Beschluß nicht gefaßt, sondern diese Angelegenheit bis zur nächsten Versammlung vertagt.

**Hannover.** Am 12. April beging der Geheime Kommerzienrat Georg Jänede, der Seniorchef der Firma Hofbuchdruckerei Gebr. Jänede und der Farbenfabrik Gebr. Jänede & Schneemann, sein sechzigjähriges Berufsjubiläum. Noch nie hat es sich die Hannoverische Gehilfenschaft nehmen lassen, ein derartiges Jubiläum entsprechend zu feiern und einem Manne, der sechzig Jahre hindurch Buchdrucker war, einerlei ob Prinzipal oder Gehilfe, die ihm gebührende Ehre zu erweisen. In diesem Falle mußten wir aber doch darauf verzichten, denn es ist gar zu bitter, was dieser Mann seit seines Lebens der organisierten Gehilfenschaft zugefügt hat. Auch 1892, als derselbe Mann sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum feierte, standen die Gehilfen diesem Jubiläum „kühl bis ans Herz hinan“ gegenüber, denn damals stand bei dem Herrn die Strafe der sofortigen Entlassung auf der Verbandszugehörigkeit, während heute, nach zehn Jahren, wiederum die Druckerei für Verbandsmitglieder gesperrt werden mußte. Wenn man alle die Kraftproben, die der Herr an den Verbandsmitgliedern verjüht hat, einzeln aufzählen wollte, könnte man ein dickes Buch schreiben, einige gar zu traffe Fälle sollen aber doch hier erwähnt werden. Im Jahre 1891 standen bei Jänede über 100 Verbandsmitglieder, 1892/93 fast gar keine mehr, da der Herr Jänede sie alle hinausbugliert hatte. Als beim Streit 1891 elf Kollegen ihnen ihren ausgezogenen vierteljährlichen Kontrakt brachen, wurden sie vom Gewerbegericht verurteilt, je 200 Mk. Buße an Jänede zu zahlen, welche Summe auch in der Tat von den betreffenden arbeitslosen, größtenteils verheirateten Kollegen, denen es damals traurig ging und die sich das Geld erst leihen mußten, bezahlt worden ist. Schreiber dieses war mit noch einem Kollegen von zehn der Verurteilten beauftragt, diese Buße zu bezahlen; wenn ich daran denke, wie wir dem Millionär Jänede 2000 Mk. fayer erarbeitete und erparte Arbeitergroßen überliefern mußten, so kommen mir noch heute die Tränen der Wut in die Augen. Den ersten Kollegen, einen armen Familienvater, der die Summe nicht sofort aufbringen konnte, ließ der Herr sogar die Möbel pfänden, der Kollege hatte allerdings Glück, daß er noch in letzter Stunde einen Freund fand, der ihm die 200 Mk. ließ, sonst wäre sein ganzes Hab und Gut auf Zwangsversteigerung worden. Als in späteren Jahren die Zahl der Verbandsmitglieder in der Jänedeschen Druckerei wieder zu steigen begann, wurden die Vertrauensleute gemäßigelt und die Zeitungsetzer unter Androhung der Entlassung zum Austritte aus dem Verbandsverbande ermuntert, und nun folgte die Vera der Prinzipalstafel, deren Mitbegründer eben der „Herr Geheime“ auch ist; alles was Kopf und Beine hatte, wurde in die Kasse hineingezwängt, um den verhassten Verband aus dem Wege zu räumen, was aber doch nicht gelungen ist und dem alten Herrn nicht mehr gelungen wird, denn wir stiegen von 5 Mitgliedern im Jahre 1893 auf über 80 im Jahre 1901 in seinem Geschäft. Wenn daher in der Zeitschrift in einem pompösen Gratulationsartikel von „allgemeiner Anteilnahme“ und „dankbarer Verehrung“ die Rede ist, so bitten wir doch, uns organisierte Gehilfen davon ausnehmen zu wollen, denn bei uns ist gar keine Spur davon vorhanden. Selbst bei seinen eignen Gehilfen nicht, denn die Mehrzahl derselben kennt den „Herrn Geheimrat“, der, wie er vor 12 Jahren einst sagte, seiner schwachen Nerven halber das Maschinengetöse nicht vertragen kann und deshalb sich in der Druckerei nicht sehen läßt, wohl überhaupt nicht.

**Hamburg-Berlin.** (Berichtigung.) Der in dem Artikel Hamburg-Berlin in Nr. 46 des Corr. enthaltene Passus, daß Kollege Weischnidt-Nürnberg in den Jahren 1896 bis 1899 Verdrätter der D.-W. gewesen sei, ist dahin richtig zu stellen, daß derselbe während dieser Zeit ein eifriger Anhänger Sachs war und auch Artikel für die D.-W. geschrieben hat, welsch letzteres dem Kollegen B. allerdings nur einmal nachgewiesen werden konnte. An dieser Tatsache läßt sich nichts ändern. Fr. Lint jr., Stereotypneur.

**Stuttgart.** In der am 13. April abgehaltenen Zusammenkunft beschloffen nunmehr auch die hiesigen Maschinenfabriker, dem Beispiele der Kollegen anderer Städte folgend, einen Maschinenfabrikerverein ins Leben zu rufen; sämtliche anwesende Maschinenfabriker traten dem neuen Vereine bei. Besonders Interesse erwekte und lebhafteste Meinungsäußerungen rief hervor die vom 7. bis 18. April im hiesigen Landesgewerbemuseum aufgestellte „jüngste der drei „Preisringer“ auf dem Sechsmaschinemarkte: die Monoline; allgemein ging die Ansicht dahin, daß dieselbe sowohl der Linotype wie auch namentlich dem Typograph bedeutende Konkurrenz bereiten werde. — Die Adresse des Vorsitzenden des Maschinenfabrikervereins lautet: Gustav Jenke, Stuttgart, Friedensplatz 4, IIF.

Am 21. und 22. April beschäftigte sich der deutsche Reichstag mit der Vorlage betr. den fliegenden Gerichtsstand der Presse. Die Behandlung dieser Vorlage dürfte schließen lassen, daß die Vorlage in zweier Lezung abgelehnt wird unter der Bedingung: Besser gar nichts als eine Verschlechterung des Bestehenden. Während bisher es immerhin noch dem Ermessen des Richters überlassen blieb, den fliegenden Gerichtsstand anzuerkennen oder nicht, würde in Zukunft durch Zulassung desselben bei Privatklagen es zur Regel werden, daß der Redakteur je nach Belieben des Privatklägers vor das heimische Gericht des letztern zitiert wird, um dort wegen vermeintlicher Beleidigung Rede zu stehen. Erfolg auch Freisprechung, so hat der Kläger doch die Genugtuung, den Redakteur schikantiert zu haben.

Das Volksblatt in Halle entnahm dem Wittenberger Kreisblatte eine Notiz, nach welcher die Braut eines Bizefeldwebels bei der Trauung ein Kleid aus chinesischer Seide getragen, das der Letztere aus China mitgebracht. Daran wurden die üblichen Bemerkungen geknüpft, die sich jedoch in allgemeinen Grenzen bewegten. Die Staatsanwaltschaft beantragte für den Redakteur Weismann sechs Monate Gefängnis, die Kammer erkannte auf drei Monate, da dem Chinakrieger, der den Stoff laut vorliegender Quittung gekauft hat, der Vorwurf des Raubes oder Diebstahls gemacht worden sei. — Der Redakteur der Altenburger Volkszeitung, Pohle in Göpzig, hat eine Beleidigung des Oberbürgermeisters von Altenburg mit zwei Monaten Gefängnis zu büßen.

Dem Julius Hahn, geboren in Biège in Belgien, vor dem im Corr. gewarnt wurde, ist in Warne das Handwerk gelegt worden. Die dortigen Kollegen veranlaßten dessen Verhaftung, bei welcher sich herausstellte, daß der Genannte ein Steinbrucker aus Berlin ist.

Wie uns mitgeteilt wird, erscheint in Norden unter dem vielversprechenden Titel „Öffentliche Mitternachtsposane eine periodische Zeitung, deren Inhalt lebhaft an das heutzutage florierende Gesunbboten, an die Schweizer- und Wünderpillen und sonstigen Mumpis erinnert. Herausgeber und Verfasser ist Paul Walter-Norden, an dessen Tür statt des Stimmenschildes die Worte prangen: „Öffrisland dem Heiland.“ Dem Redakteur und „Schriftgelehrten“, der mit seinen Unterzungen in die „Mitternachtsposane“ von Weltverbernis und Verhandlung läßt und die ängstlichen Vorber Seelen das Grüßeln lehren will, sind alle Kirchengeheimden noch nicht kirchlich und orthodor genug, er will sie übertrumpfen.

Am 22. April starb in Oberlangensfelde der Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiterverbandes Heinrich Köhler, 51 Jahre alt. 1893—98 gehörte derselbe dem Reichstage an. Die Bergarbeiter haben in ihm einen ihrer tüchtigsten Vertreter verloren.

Die Staatsschulden sind im Königreiche Sachsen in den letzten zwei Jahren um 150 Millionen Mark gestiegen und betragen jetzt 980 136 000 Mk. Zur Verzinsung und Amortisation sind 39 149 649 Mk. erforderlich, die Einkommensteuer gibt einen Ertrag von 42 Millionen, wird also von dem Schuldkonto nahezu aufgebraucht.

Der Magistrat in Wiesbaden nahm folgenden Antrag, betr. die Lohnklausel bei Vergebung von städtischen Arbeiten, an: Diejenigen Unternehmer, welche städtische Arbeiten übernehmen, sind verpflichtet, für sämtliche von ihnen in Wiesbaden beschäftigten Arbeiter die zwischen den Lohnkommissionen der Arbeiter und Unternehmer vereinbarten Löhne und Arbeitsbedingungen, welche an Submissionssternein geltend sind, so lange einzufachen, bis von einer oder der andern der erwähnten Kommissionen eine Kündigung derselben erfolgt ist.

In dem Bezirke der Amtshauptmannschaft Leipzig (Landgemeinden) tritt am 1. Juli d. J. eine neue Wohnungsordnung in Kraft. Derselbe verbietet Kellerwohnungen, soweit nicht etwa schon genehmigt, schreitt den räumlichen Umfang der Mietwohnungen im Mindestmaße vor (30 Quadratmeter Grundfläche für Wohn- und Schlafraum, 10 Kubikmeter Luftraum für jede Person). Weiter werden Anordnungen getroffen über die notwendige Beschaffenheit derjenigen Räume, welche an Dritte vermietet werden, über die Reinhaltung der Höfe und Treppen, Beleuchtung der letzteren. Ueber die Nützlichkeit solcher Anordnungen läßt sich nicht streiten, nur entsteht dabei die Frage, woher die unbemittelten resp. mit länglichem Lohne bedachten Familienhäupter die unter solchen Umständen geforderte höhere Miete hernehmen sollen.

Der Zentralverband deutscher Bäder-Zunungen Germania petitioniert gegen die in Aussicht genommene Bestimmung, daß Kinder nicht vor 6<sup>1/2</sup> Uhr früh beschäftigt werden sollen; die Bädermeister müßten unter diesen Umständen mit dem Frühstücks-Austragen erwachsene Personen beschäftigen, was ihre Geschäftsumfänge erheblich steigern würde. Es wird den Herren wohl nichts andres übrig bleiben, denn schulpflichtige Kinder schon, wie gewohnt, von 5<sup>1/2</sup> Uhr früh Trepp auf Trepp ab zu hegen und unmittelbar darauf in die Schule zu schicken, das ist nicht, wie die Petenten meinen, eine gesundheitsfördernde, vielmehr eine gesundheitsstörende Zumutung.

Eine ganze Anzahl Fleischermeister aus verschiedenen Städten des Bogtlandes wurden von dem Landesgerichte Plauen zu je 70 bis 80 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil sie dem gehackten Rindfleisch sogenannte Präservenfatz beigemischt.

### Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

Vom Sklavenmarke in Deutschland gibt der Hosieler Anzeiger in einer „Geschäftsanzeige“ des Zentral-Arbeitsnachweises der Landwirtschaftskammer für die Provinz Posen ein bezeichnendes Bild: „Wir geben zur Zeit ausländische Sommerarbeiter zu folgenden Lohn- und Bezugsbedingungen ab: Russen. Tagelohn: Männer bis 1,50 Mk., Weiber, Burden bis 1 Mk.; Erntezeit: Männer bis 1,75 Mk., Weiber, Burden bis 1,25 Mk. Naturalien: pro Kopf und Woche 25 Pfd. Kartoffeln, täglich  $\frac{1}{4}$  Liter Magermilch. Beschaffungskosten: pro Kopf frei Grenze 2 Mk., über 10 Personen 1,50 Mk., frei Posen 3,50 Mk., über 10 Personen 3 Mk. — Galizier. Monatslohn: Männer bis 20 Mk., starke Burden bis 18 Mk., schwächere Burden und Weiber bis 16 Mk.; Naturalien pro Kopf und Tag ein Gelbwert von etwa 40 Pf. Beschaffungskosten: pro Kopf frei Grenze 5 Mk., frei Posen 17,50 Mk. — Ungarn mit Garantie (!) gegen Kontraktbruch, in Trupps nicht unter 20 Personen. Tagelohn: Männer 85 Pf., Weiber 68 Pf.; Erntezeit: Männer 1,36 Mk., Weiber 1,02 Mk. Naturalien: pro Tag und Kopf ein Gelbwert von etwa 40 Pf. Beschaffungskosten: pro Kopf frei Grenze 7 Mk.“

Der Bankhändler Albert Wolf in Dresden wurde zu acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Mann hatte zwar eine feste Stellung, auch Vermögen, ließ sich aber in Börsenspekulation ein und suchte das entstandene Manko durch Quittungs- und Wechselkäufchen zu decken. Auf diese Weise hat er sich eine Extraneinahme von etwa 50000 Mk. verschafft, in einigen anderen Fällen blieb es bei dem Versuche. — Der Direktor der Vorwärts- und Diskontobank in Pisa erleichterte die Kasse um 130000 Lire und verschwand damit, unbekannt wohin.

Streikfolgen. In Arnberg wurden drei Arbeiter, welche während des Metallarbeiterstreiks in Neheim dem Gebote der Polizei nicht sofort Folge geleistet, zu vier bzw. sechs Wochen Gefängnis verurteilt, der am höchsten bedachte außerdem noch zu 50 Mk. Geldstrafe. Nach einer Versammlung hatten sich eine Anzahl der Streikenden auf der Straße noch über das Geförge unterhalten, was die Polizei nicht dulden wollte.

Außerdem. In Bergedorf streikten die Bauarbeiter um Erhöhung des Stundenlohnes für Steineträger usw. von 50 auf 55 Pf. In Berlin die Drucker, Gürtler und Schnittarbeiter der Firma Spinn & Sohn, A.-G., wegen Lohnkürzung. Im Dammenmängelgeschäft Gebr. Jacoby in Dresden ist nicht nur der Lohn ein sehr niedriger, was zum Teile in dem Mangel an Nähmaschinen usw. seinen Grund hat, auch die Behandlung läßt zu wünschen übrig. Da der Chef als „Herr im Hause“ nicht nötig zu haben glaubte, sich auf Unterhandlungen einzulassen, verließen sämtliche Arbeiter das Geschäft. In einer Fabrik chirurgischer Instrumente (Bauer & Hoffmann) in Hamburg traten die Schleifer in den Streik. In Meerane sämtliche Schuhmacher der Firma Gebr. Hagenstein wegen Lohnminderungen und Maßregelung. In Wittenberg wurden 24 Arbeiter des Eisenwerkes Joly wegen ihrer Zugehörigkeit zum Metallarbeiterverbande entlassen; im Wolfenbüttel die Zimmerer wegen Lohnminderungen ausgesperrt. — Die Erfolge der Schuhmacher in Kiel belägen in einer Lohnerböhung bis zu 15 Proz., 20 Mk. Mindestlohn und 9 $\frac{1}{2}$  stündiger Arbeitszeit vom 1. April 1903 ab. Der Tarif gilt auf zwei Jahre bei dreimonatlicher Kündigung. Die Lohnbewegung der Schuhmacher in Straßburg verlief ebenfalls zu gunsten der Arbeiter, es wurde ein Lohnaufschlag von 15 bis 20 Proz. erzielt. Die Steinmeger und Hilfsarbeiter in Harburg nahmen die Arbeit wieder auf, es soll ein neuer Lohnvertrag vereinbart werden. Im Hafen von Genua streikten die Schiffslader und Streiketräger. In Malmö die Holzarbeiter des Bauwerkes.

In England wurden im März 21 Streiks gemeldet, von denen 6288 Arbeiter beteiligt waren. Beendet wurden 22 und zwar 6 zu gunsten der Arbeiter, 10 zu gunsten der Unternehmer und 6 durch Vergleich.

### Eingänge.

Die Schweizer Graphischen Mitteilungen enthalten in Nr. 16 u. a.: Die Entwicklung im modernen Holzschneide mit zwei Beilagen und fünf Abbildungen im Regie. Extra- und Spezialausgaben von Zeitungen. Schulvorrichtungen an Tiegeldruckpressen. Ein Nummerierender für Druckpressen. Ein neuer Ertrag für den Lithographenstein. Die Kunst im Leben des Kindes. Beilagen: Zwei Blätter mit Satz- resp. Druckbeilagen und eine Kupferautotypie.

Unter dem Titel Der Sieg der Druckkunst hat Herr Max Pellin in Leipzig ein Festspiel verfaßt, das zur Feier des fünfundsingzigjährigen Bestehens der Leipziger Typographischen Gesellschaft mit großem Erfolge zur Aufführung gelangte. Das Stück spielt in einer mittelalterlichen Schreibstube. Der Meister läßt seinem Sohne über die neue „Teufelskunst“ die Fingel schießen, seine Gesellen davonlaufen und sein Broterwerb in

Frage gestellt ist. Ein Ratsherr bringt ihm eine eilige Arbeit, die er ablehnen muß, da ihm die nötigen Arbeitskräfte nicht mehr zu Gebote stehen. Da hilft die Meisters-tochter aus, die mit einem „davongelaufenen“ Gesellen ein Verhältnis hat, indem sie diesem hinter dem Rücken des Vaters den Auftrag übergibt, um ihn mit Hilfe der neuen Kunst auszuführen. Dies geschieht. Im zweiten Aufzuge kommt der Ratsherr, sich beim Meister über die unerwartete und laubere Herstellung der Arbeit zu beklagen. Das Erschaunen des Lehrers wird aufgeföhrt und Saulus wandelt sich in einen Paulus um, d. h. aus dem entschiedenen Gegner der neuen Kunst wird ein begeisteter Anhänger derselben und der geschmückte Geselle zum Eidam erkoren. Das Stück ist flott in Versen geschrieben und dürfte sich zur Aufführung bei Buchdruckerfestlichkeiten ganz vorzüglich eignen. Preis 50 Pf.

Siebenter Jahresbericht der von der Deutschen Gesellschaft für Ethische Kultur (Abteilung Berlin) unterhaltenen ersten öffentlichen Lesehalle in Berlin. Die Anzahl der Besucher betrug im Jahre 1901 nahezu 110000, die Zahl der gelesten Bände 38569, außerdem wurden 1799 Bände ausgeliehen bei einem Bestande von rund 6000 Bänden. Unterhaltungsabende mit Instrumental- und Gesangsvorträgen und Rezitationen wurden fünf abgehalten. Der Rechnungsabluß ergibt einen Fehlbetrag von 1073,06 Mk., gegen 1021,79 Mk. im Vorjahre. Die Stadt leistete eine Beihilfe von 3000 Mk., während die Jahresbeiträge 1388 Mk., die einmaligen Beiträge 504,20 Mk. betragen.

### Gestorben.

In Berlin am 29. März der Seher Karl Wöhler, 21 Jahre alt — Lungen- und Nierenleiden; am 30. März der Seher August Weickardt, 21 Jahre alt — Herzleiden; am 6. April der Seher Ernst Wönke, 43 Jahre alt — Lungenentzündung (M. war lange Zeit ein tätiges Mitglied des Berliner Vereinsvorstandes); am 10. April der Seherinvalid Ernst Schepke, 35 Jahre alt — Gehirnerweichung.

In Leipzig am 16. April der Seher Friedr. Felix Becker aus Reiz, 58 Jahre alt — Magenleiden; am gleichen Tage der Seherinvalid Felix Hartmann aus Leipzig, 57 Jahre alt — Nierenleiden.

In Ludwigsbürg der Buchdruckerbesitzer Heinr. Ungeheuer, 67 Jahre alt.

In Sagan am 16. April der Seherinvalid Robert Dreßler, 71 Jahre alt — Altersschwäche.

In Worms am 21. April der Seher Herm. Isler, — Schwindel.

In Straßburg am 11. April der Seher Eugen Loger, 32 Jahre alt — Schwindel.

### Briefkasten.

A. Sch. in Berlin: In Sachen der Witwenkasse ist gerade genug geschrieben worden und wollen wir nunmehr die Entscheidung der Generalversammlung überlassen. — B. in L.: Bei R. Härtel in Leipzig-N. für 2 Mk. ist aber augenblicklich noch nicht zu haben. — W. in D.: „Das Recht“ bei Seitz & Schauer in München, das andre uns nicht bekannt. — K. in Dresden: Wird an jedem Orte anders gehandhabt, da hierüber bestimmte gesetzliche Vorschriften nicht bestehen. — D. D.: Sie haben die Bezahlung der 3 Stunden zu verlangen.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung.

Da an einzelnen Orten oder in einzelnen Druckereien infolge der Einführung des neuen Tarifes Differenzen entstanden, machen wir darauf aufmerksam, daß bei Konditionsannahme in allen Fällen vorher Erkundigungen bei den zuständigen Verbandsfunktionären einzusehen sind.

### Der Verbandsvorstand.

Erzgebirgs-Vogtland. Die Adresse des Gaukassierers lautet ab 1. Mai: Otto Dähnel, Chemnitz, Fahnstraße 7, part.

Mittelrhein. Sonntag den 18. Mai (erster Pfingstfeiertag), vormittags 10 Uhr, und eventuell am 19. Mai, findet in Saarbrücken im Saale der Bürgerhalle (Münzengasse) die 26. Gauversammlung statt.

Bezirk Rhenen. Der Bezirksvorstand setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: M. Ulrich, Vorsitzender; F. Zahn, stellvertretender Vorsitzender; Rietzmann, Schriftführer; Pauly, Kassierer und Metzchinski, Bibliothekar.

Der Seher Franz Köpcke aus Lauban wird aufgefordert, seine Reste an F. Pauly, Rhenen D.-Schl., Hohenzollernstr. 4, binnen 14 Tagen einzusenden, widrigenfalls Anschließt erfolgt.

Bezirk Dessau. Als Gauaufseher wurden gewählt die Kollegen: Müller-Dessau, Wegner-Röthen, Wagner-Wittenberg, Weind-Gräfenhainichen, Müller-Wittenberg, Müller-Delitzsch, Teichmann-Erzberg, Sens-Dessau, Herber-Eilenburg, Krebs-Bitterfeld, Hügel-Löngau, Salzmann-Dessau und Dile-Wittenberg.

Bezirk Ostpreußen. Der Bezirksvorstand setzt sich wie folgt zusammen: Johs. Preuß, Leer, Kirchstr. 47, Vorsitzender; D. Hemme, Altemackstraße, Kassierer; J. Wolf, Schriftführer.

Altenburg (S.-A.). Der hiesige Maschinenmeisterklub geht vom 1. Mai ab das Plakat für durchreisende Drucker und Maschinenmeister auf.

Reuthe (S.-Schl.). Infolge eingetretener Differenzen ist die Druckerei von J. merwar für Verbandsmitglied bis auf weiteres geschlossen.

Leipzig. Infolge der fortgesetzten Weigerung seitens der Firma K. Marquart hierseits, trotz Unterschrift dem neuen Tarife Geltung zu verschaffen, und nachdem die Firma deswegen vom Tarif-Ausschuss aus dem Verzeichnisse tarifreuer Buchdruckereien gestrichen, ist das Personal ausständig geworden und die Firma für tarifreue Gehilfen gesperrt.

Münster i. W. Der Seher F. Schröder, zuletzt in Dattrop in Kondition, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen unbedinglich nachzukommen, andernfalls Anschließt erfolgt.

Sachsen a. Rh. Die Differenzen mit der Druckerei Straß (Sächinger Volksblatt) sind durch Anerkennung und Einführung des Tarifes beigelegt und wird die Blockade gegen diese Firma hiermit aufgehoben.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Bonn der Seher Wilhelm Strohmeyer, geb. in Hannover 1882, ausgl. das. 1901; war noch nicht Mitglied. — In Koblenz der Drucker Max Steiner, geb. in Litzmoring 1872, ausgl. in München 1889; war schon Mitglied. — In Euskirchen der Drucker Johann Kleeburg, geb. in Münster i. W. 1856, ausgl. das. 1874; war schon Mitglied. — Th. Waldus in Bonn-Poppelsdorf, Burggartenstraße 14.

In Breslau der Seher Josef Scholz, geb. in Breslau 1875, ausgl. in Neumarkt i. Schl. 1893. — C. Fiedler, Kreuzstraße 43/45, Stb. IV.

In Calw der Seher Josef Kühnle, geb. in Neunkirch (D.-A. Tettmann) 1877, ausgl. in Mengen (D.-A. Saulgau) 1894; war noch nicht Mitglied. — In Cannstatt der Seher Karl Pflinger, geb. in Wöblingen 1879, ausgl. das. 1897; war noch nicht Mitglied. — In Pforzheim der Drucker Herm. Gelber, geb. in Rutenbach bei Neuenbürg 1883, ausgl. in Pforzheim 1902; war noch nicht Mitglied. — In Wasseralfingen der Schweizerdegen W. Zeller, geb. in Hofenstätt (D.-A. Aalen) 1883, ausgl. in Wasseralfingen 1901; war noch nicht Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Rosenstr. 32, I.

In Hamburg die Seher I. Heinrich Hoffe, geb. in Altona 1883, ausgl. das. 1902; 2. Wilhelm Gellers, geb. in Hamburg 1883, ausgl. das. 1902; 3. Hans Kramer, geb. in Lanenburg 1883, ausgl. in Hamburg 1902; 4. Karl Busch, geb. in Hamburg 1874, ausgl. das. 1892; die Drucker 5. Albert Vorkfeld, geb. in Hamburg 1879, ausgl. das. 1902; 6. Henry Gardeleben, geb. in Hamburg 1883, ausgl. das. 1902; 7. Wilhelm Hiddensen, geb. in Hamburg 1884, ausgl. das. 1902; 8. Karl Langhoff, geb. in Hamburg 1884, ausgl. das. 1902; waren noch nicht Mitglieder. — H. Demuth, Kaiser Wilhelmstraße 34, II.

In Krefeld der Seher Alex. Blankenstein, geb. in Krefeld 1882, ausgl. das. 1901; war noch nicht Mitglied. — In M.-Glabach die Drucker I. Leonhard Janzen, geb. in Immerath 1868, ausgl. in Erkelenz 1886; war noch nicht Mitglied; 2. Heinrich Bauer, geb. in M.-Glabach 1878, ausgl. das. 1896; war schon Mitglied. — Gustav Murrmann in Krefeld, Blumenstr. 94.

In Neuhaudensleben die Seher I. Wilh. Cebeling, geb. in Neuhaudensleben 1883, ausgl. das. 1902; 2. Ernst Kühnert, geb. in Magdeburg-Vudau 1883, ausgl. in Neuhaudensleben 1902; die Drucker 3. Otto Rechner, geb. in Neuhaudensleben 1884, ausgl. das. 1902; 4. Gustav Schütler, geb. in Neuhaudensleben 1884, ausgl. das. 1902; waren noch nicht Mitglieder. — In Westerbüßen der Seher Ernst Watterodt, geb. in Egeln 1883, ausgl. in Westerbüßen 1902; war noch nicht Mitglied. — Reinh. Herwig in Magdeburg-N., Wolbenstraße 23.

In Döppeln der Seher Otto Kühn, geb. in Lüben (Schle.) 1875, ausgl. in Liegnitz 1894; war schon Mitglied. — G. Woywod in Reisse, Zollstraße 46, III.

In Thale (Harz) der Drucker Bernhard Spert, geb.

